

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 10841
Preis für Nichtabnehmer: Nr. 10011
Schließung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - N. L. Wartenstraße 10/12

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 Mk. (einschließlich 50 Pfg. für
Kohlerlöse), durch Postweg 2,40 Mk. einschließlich 50 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr)
bei sonstiger Zustellung monatlich 1,80 Mk. Anzeigenpreise: Die einwöchige 30 mm
breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt
15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 30 mm breite Restanzeige 100 Pfg., außerhalb 150 Pfg. Offerten-
gebühren 20 Pfg. Anzeigengebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1008 Dresden,
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unpersönliche
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Reichsjustizminister Dr. Bredt tritt zurück

Massen-Andrang zur Reichstagsöffnung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Oktober. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat beschlossen, den Reichsjustizminister Dr. Bredt zu ersuchen, sein Parteimitgliedschaft zu beenden und seinen Posten zu verlassen. Dieser Beschluss hat nach einem Schreiben der Fraktion an den Reichspräsidenten den Sinn, den Weg freizumachen für die notwendige Neubildung eines Kabinetts, das, auf Sachleute gestützt, dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes in höherem Maße entspricht, als das bei der heutigen Zusammensetzung der Reichsregierung der Fall ist. Diese neue Entwicklung ist für die Reichsregierung um so erster, als ja bereits am Sonnabend der Reichslandbund seinen bisherigen Präsidenten Schiele veranlasste, die Leitung des Reichslandbundes niederzulegen, und als auch die völkisch-konservativen Organisationen bereits vor einiger Zeit den Reichsminister Treviranus aufgefodert haben, seinen Ministerposten zu verlassen.

Zu der Reichstagsöffnung, die nachmittags um 3 Uhr beginnt, hatten sich bereits seit 6 Uhr morgens einige Personen vor der Tribünenarienausgabe eingefunden, um Zeugen der Eröffnung des Reichstags werden zu können. Zeitweilig kam es zu erregten Protesten, als den von 8 Uhr ab sich einfindenden Bewerbern eröffnet wurde, daß sie keine Aussicht mehr hätten, eine Tribünenkarte zu erhalten. Auch vor dem Eingang des Reichstages, den die Abgeordneten zu benutzen pflegen, hatten sich schon in den frühen Morgenstunden zahlreiche Reugierige aufgestellt, die die Ankunft der neuen Reichsboten mit entsprechenden Bemerkungen unterstrichen. Der Andrang war gegen 10 Uhr bereits so stark, daß die Straße vor dem Portal von der Polizei geräumt werden mußte. Zu Zusammenstößen ist es jedoch nicht gekommen.

Im Sitzungssaal des Reichstages, der bis auf einen Stuhl, der für den nachträglich hinzugekommenen 577. Abgeordneten nachbestellt werden mußte, in der Nacht vom Sonntag fertiggestellt war, herrschte in den Vormittagsstunden ebenfalls ein lebhaftes Treiben, da die Abgeordneten an Hand ihres Planes ihre Sitzplätze suchten. Verschiedentlich sah man auch schon in den Vormittagsstunden Abgeordnete, die unter ihren aufgeschöpften Mänteln ihre Brautheiden zur Schau trugen. Die Kommunisten haben darauf verzichtet, in den Uniformen des Roten Frontkämpferbundes zu erscheinen. Sie werden aber wahrscheinlich die erste Reichstagsöffnung zu einer Demonstration nach außen benutzen und die sofortige Beratung ihres Mißtrauensantrages und weiterer Anträge auf Einstellung der Youngplanungen usw. verlangen.

Die Fraktionsberatungen

Als erste Fraktion trat am Montagvormittag die Fraktion Deutsches Landvolk zusammen. Sie beschäftigte sich zunächst nur mit Fragen der Zimmerverteilung und anderen technischen Angelegenheiten. Um 11 Uhr begannen die Kommunisten, das Zentrum und die Wirtschaftspartei ihre Beratungen. Die Sozialdemokraten traten um 1 Uhr zusammen. Als einzige Fraktion haben die Nationalsozialisten noch keine Sitzung im Reichstag anberaumt. Die endgültige Konstituierung der neuen Fraktionen, des Christlichsozialen Volksdienstes, der Konservativen und der Hannoveraner soll nach dem Festgottesdienst im Dom erfolgen. Nach der Plenarsitzung halten die Deutschen Nationalen, die Deutsche Volkspartei und die Gruppe der Staatspartei Sitzungen ab. Die Deutsche Volkspartei wird ihre Beratungen über das Finanzprogramm abschließen. Die Staatspartei wird sich mit den Folgerungen beschäftigen, die aus dem Abgang der Volksnationalen zu ziehen sind. Entscheidungen sind in dieser Frage aber kaum vor dem außerordentlichen Parteitag zu erwarten, der Anfang November stattfinden soll.

Um 3 Uhr nachmittags beginnt dann die erste Reichstagsöffnung. Im Vordergrund des Interesses stehen jetzt die bevorstehenden Präsidentenwahlen.

Wie verlautet, hat der frühere Reichspräsident Loh erklärt, daß das Verzicht, er werde mit einem nationalsozialistischen Vizepräsidenten nicht zusammenarbeiten, nicht den Tatsachen entspreche. Eine solche Ablehnung würde auch der grundsätzlichen Auffassung seiner Partei widersprechen, wonach die Präsidentenposten nach der Stärke der Fraktionen zu besetzen sind. Nach dieser Erklärung sind die Wahlschancen Lohs wieder etwas gestiegen, da verschiedene Mittelparteien ihr Eintreten für Loh von einer solchen Erklärung abhängig gemacht haben.

Deute soll übrigens im Plenum nur der Namensaufruf stattfinden. Der Dienstag soll sühnungsfrei bleiben, damit die Parteien Zeit für Verhandlungen miteinander namentlich über die Präsidentenwahlen gewinnen. Am Mittwoch um 11 Uhr sollen dann die Wahlen vorgenommen werden. Ferner wurde in Aussicht genommen, in der Sitzung am Donnerstag eine Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen. Genauere Bestimmungen soll jedoch erst der nachzubestehende Ministerrat treffen, der am Mittwoch zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten wird. Nach dem Verlauf der heutigen Besprechung ist anzunehmen, daß mit der Regierungserklärung auch die Beratung der Mißtrauensanträge, der Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen

des Reichspräsidenten und der Anträge zum Youngplan verbunden werden wird. Unmittelbar nach Entgegennahme der Regierungserklärung dürfte sich der Reichstag am Donnerstag vertragen. Für die große politische Aussprache würden dann der Freitag und Sonnabend zur Verfügung stehen.

In den frühen Morgenstunden hatten sich die katholischen Mitglieder des Reichstages unter Führung des Reichspräsidenten Dr. Brüning in der Hedwigskirche zu einem Gottesdienst eingefunden; die evangelischen Mitglieder versammelten sich um 12 Uhr im Dom.

Der Einzug der Nationalsozialisten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Okt. Um die zweite Mittagsstunde trafen die ersten Brautheiden im Reichstag ein, die dem üblichen parlamentarischen Betrieb eine besondere Note gaben. In der Wandelhalle waren diese Vertreter der zweitgrößten Fraktion des Reichstages Gegenstand lebhaftesten Interesses. Es waren alle großgewachsene frische junge Leute, die sich wenigstens zunächst auf dem Boden des Parlamentes etwas unsicher fühlten. Inzwischen ist die Menschenmenge vor dem Reichstag so stark angeschwollen, daß starke Abteilungen Schutzpolizei eingesetzt werden mußten, die die Massen abdrängten und die Gänge des Reichstages vollkommen räumten.

Kein Mandat für den Abg. Hartmann-Dresden

Berlin, 13. Okt. Die Reichstagsgruppe des Christlichsozialen Volksdienstes hat der Bildung einer technischen Fraktion mit der Reichstagsgruppe der Konservativen Volkspartei und den ihr angeschlossenen Deutsch-Hannoveranern einstimmig zugestimmt. Diese Fraktion führt den Namen: „Fraktion des Christlichen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei“.

Wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. erfährt, bestehen zwischen den Konservativen und der Landvolkpartei Meinungsverschiedenheiten über den letzten auf der gemeinsamen Reichsliste beider Parteien gewählten Abgeordneten. Auf Grund der ursprünglichen Vereinbarungen der Parteien galten fünf konservative Abgeordnete als gewählt, nämlich die Abgeordneten Graf Westarp, Treviranus, v. Lindelner-Bildau, Lambach und Hartmann. Das war nur dadurch möglich, daß die vorher auf der Reichsliste gewählten Landvolkparteiabgeordneten, wie vereinbart, zum Teil auf ihr Mandat verzichteten. Nun hat aber der Abgeordnete W. D. nicht auf sein Mandat verzichtet. Dadurch hat der konservative Abgeordnete Hartmann kein Mandat mehr erhalten. Die Konservativen zählen also zunächst nur vier Abgeordnete im Reichstag.

Die Modalitäten des Ueberbrückungskredites

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Okt. An zuständiger Stelle werden jetzt die Bedingungen mitgeteilt, unter denen ein in- und ausländisches Bankenkonsortium dem Reiche einen sogenannten Ueberbrückungskredit in Höhe von 125 Millionen Dollar gewährt hat. Die Ueberbrückungskredit hat bekanntlich die Reichsregierung unter der Voraussetzung angenommen, daß in dem Kreditermächtigungsgesetz gleichzeitige Bestimmungen über eine Schuldentilgung von den beteiligten Körperschaften verabschiedet werden, die den Zweck haben, den neu aufgenommenen Kredit und sonstige schwebende Schulden in drei Jahresraten zu je 40 Millionen RM. zu tilgen. Das Kreditbestimmungen vom Reichstag angenommen werden. Der Kredit selbst ist durch eine internationale Gruppe von Bankiers und Banken zur Verfügung gestellt worden. Die deutsche Bankengruppe brachte die Deutsche Reichsbank zusammen. In den Vereinigten Staaten hat die Firma Lee, Higginson & Co. eine Gruppe zusammengestellt. In Holland und der Niederländischen Handelsmaatschappij geführt. In Schweden steht an der Spitze der Gruppe die Skandinaviska Kredit Aktiebolaget. Der Kredit wird gegen Eingabe von sechsmonatigen Schatzanweisungen gewährt. Die deutsche Regierung hat das Recht, eine dreimalige Verlängerung des Kredites zu verlangen. Der Zinssatz beträgt 4,75 auf 100, die Provision 1,25 Proz. auf 100, zusammen also 6 Proz. auf 100. Die Auszahlung erfolgt zum Nominalbetrag abzüglich der halbjährlichen Zinsen sowie der Provision.

Minister Dietrich über die Kapitalflucht

Berlin, 13. Okt. Vor der Verwaltungsakademie in Berlin sprach anlässlich einer sachwissenschaftlichen Tagung Reichsfinanzminister Dietrich. Er führte unter anderem aus, daß die Kapitalflucht nach dem Ausland, die nach den Wahlen Platz griff, nicht einfach dadurch zu erklären sei, daß das Ausland seine kurzfristigen Kredite zurückgezogen habe, sondern vor allem darauf zurückzuführen sei, daß auch Teile der deutschen Bevölkerung Vermögensbestandteile zwar nicht nach dem Ausland geschafft, aber in ausländische Werte um-

Der Radiker Kirchturm in Flammen

Die oberste Spitze zerstört

„Die Kirche in Mittaditz brennt!“ Diese Meldung verbreitete sich heute mittag gegen 1 Uhr mit Windeseile in der Stadt. Als man an die Brandstelle kam, war aber glücklicherweise das Feuer bis auf einen kleinen Herd im Dachboden bereits gelöscht dank dem Eingreifen der Dresdner Feuerwehr, die mit fünf Löschzügen, dem Großbrandlöschzug, Pionierzug und Feuerlöschboot sofort nach der Brandstelle ausgerückt war. Auch die Radbeuler Feuerwehr eilte mit drei Abteilungen herbei. Der Brand hat den Turm der Kirche betroffen, dessen

oberste Spitze völlig vom Feuer vernichtet worden ist. An der Angel der Turmfahne wurde zunächst das Feuer bemerkt. Um sie herum züngelten Flammen und dichter Rauch stieg auf, der sich der Erde zu wälzte. Die Ursache ist aufschneidend auf die Ausbesserungsarbeiten im Turm zurückzuführen, denn auch das Gerüst, das den Turm an der Basis des Helmes umgab, brannte lichterloh. Die Angriffe der Feuerwehr gestalteten sich bei der Enge des Turmes und der schmalen Zufahrt zum Kirchturm äußerst schwierig. Mit leichten Leitungen, davon zwei über die großen mechanischen Leitern, drei im Innern des Turmes und eine durch das Schiff der Kirche, wurde der Angriff vorgetragen. Kurz ehe er einsetzte, kam

vom Turm herab ein wahrer Ziegelregen, von dem aber glücklicherweise niemand verletzt wurde. Durch die in den Turm geschleuderten Wassermassen ist die Kirchendecke durchgeweht und die Orgel teilweise beschädigt worden.

Gegen 2 Uhr nachmittags konnten die Löschzüge die Brandstelle wieder verlassen. Das Feuerlöschboot brauchte nicht einzugreifen.

Der Turm dieses alten Gotteshauses von Raditz, das sich seinen ursprünglichen Charakter auch nach der Einverleibung nach durchaus bewahrt hat, ist im Jahre 1899 neu erbaut worden. 1887 erfolgte ein Umbau der Kirche und 1912 abermals eine gründliche Erneuerung des Inneren der Kirche mit einer künstlerisch wirkenden Ausmalung der Decke und der Wände. Die Turmhalle wurde als Brauthalle ausgestattet. Gleichzeitig erfolgte ein vollständiger Umbau der jetzt durch das Wasser beschädigten Orgel in pneumatisches System mit elektrischem Antrieb des Gebläses und Erweiterung der Orgel von 20 auf 30 Stimmen.

gelegt haben, was praktisch auf dasselbe herauskam. Dagegen könne nicht mit Paragraphen angekämpft werden. Es gäbe nur ein Mittel:

Wiederherstellung des Vertrauens

Daher sei die große Aufgabe des Augenblicks, die Finanzwirtschaft beschleunigt in Ordnung zu bringen. Darum gehe der Kampf der Regierung. Dr. Dietrich kam in diesem Zusammenhang auch auf die Gehaltskürzung der Beamten zu sprechen. Erhe die Finanzwirtschaft zur Ruhe komme und man immer in Angst leben müßte die Gehälter nicht zahlen zu können, dürfe auch vor diesem Mittel nicht zurückgeschreckt werden. Bezüglich der Preislenkung sprach der Finanzminister dann die Hoffnung aus, daß diesmal die Preise zurückgehen würden. Die weltwirtschaftliche Lage müsse sich irgendwie doch auch bei uns in Deutschland auswirken. Er warne aber vor der optimistischen Erwartung, daß eine völlige Anpassung der Kleinhandelspreise an das Wirtschaftsniveau erreicht werden könnte. Dazu sei bei uns der Weg im Handel zu überbrückt und die Wirtschaft mit steuerlichen und sozialen Lasten zu stark in Anspruch genommen.

Neue Goldabgaben an Frankreich und Holland

Berlin, 13. Okt. Wie der D. G. D. hört, hat die Reichsbank heute in vorläufiger Weise sowohl von Belgien als auch von Berlin je 25 Millionen RM. in Gold an Frankreich und 17,5 Millionen RM. nach Holland abgegeben. Insgesamt sind demnach 87,5 Millionen RM. den Depots der Reichsbank entnommen worden.

Blumenau von den brasilianischen Aufständischen besetzt

Buenos Aires, 13. Okt. Aus Porto Alegre verlautet, daß die Aufständischen die besonders von Deutschen besetzte Stadt Blumenau besetzt hätten. Im Hauptquartier der Aufständischen erklärte man, daß ganz Nordbrasilien mit Ausnahme des Staates Amazonas in der Hand der Revolutionäre sei.